



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 10.06.2022 bis 17.06.2022

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Taliban lehnen den jüngsten Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit ab	4
Aserbaidshan: Staatliche Eingriffe in Bestellung und Absetzung von Imamen	5
Bangladesch: «Ich gebe den Glauben an Jesus nicht auf!»	6
Belarus: Ein Christ kann nicht sagen, dass das, was jetzt in der Ukraine vorgeht, gut ist	7
Deutschland: 250 Personen demonstrieren für das Lebensrecht	8
Deutschland: Abtreibungszahlen in Deutschland steigen	9
Deutschland: AVC-Jubiläumsfeier - Einen Lebensstil der Barmherzigkeit pflegen	10
Deutschland: Über muslimische Verbände und liberale Muslime	11
Deutschland: „Ampel kehrt Problem des Islamismus unter den Teppich“	12
Europa: Diskriminiert und allein gelassen im „christlichen“ Europa? Unterstützung mit Recht!	13
Indien: Antichristliche Gewalt nimmt zu	14
Indien: Regierung bestreitet die Beweise für Verfolgung	15
Irak: Muqtada al Sadr verlängert Mandat	16
Israel: WEA und IJCIC halten eine historische erste Tagung über jüdisch-evangelikale Beziehungen ab	17
Laos: Konvertitin verliert Land	19
Nepal: Christliche Vereinigung feiert 19. Vollversammlung	20
Niger: Bildung für Mädchen verhindert Kinderheirat und Zwangsehen	21
Nigeria: Religiöse und ethnische Hintergründe sind oft unklar	22
Nigeria: Terrormiliz soll Kirchenmassaker verübt haben	23
Nigeria: Verschlechterung der Sicherheitslage bedroht das Land	24
Nord-Zypern: Fortsetzung eines Gerichtsverfahrens gegen christlichen Ausländer	25
Pakistan: Junge Christin aus Zwangsehe gerettet	26
Peru: Gewaltsame Zusammenstöße von Bergleuten	27
Russland: Fünf Jahre nach dem Verbot der Zeugen Jehovas – Verurteilungen zu Haftstrafen gehen weiter	28
Sierra Leone: Neue Straße, neue Möglichkeiten	29
Somalia: Nach Amtsantritt des neuen Präsidenten	30
Sri Lanka: Krise spitzt sich zu	31
Tansania: Aus Malawi stammender Missionar der Weißen Väter ermordet	32
Ukraine: Lutheraner treten Lutherischem Weltbund bei	33
USA: Anschlag auf Zentrum einer Lebensrechtsbewegung	34

Afghanistan: Taliban lehnen den jüngsten Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit ab

International Christian Concern - Die Taliban haben die jüngsten Ergebnisse des Berichts 2021 des US-Außenministeriums über die internationale Religionsfreiheit zurückgewiesen, ein jährlicher Bericht, der den Status der Religionsfreiheit in jedem Land der Welt detailliert darstellt. In einer Erklärung, die auf der Twitter-Seite von Zabihullah Mujahid, einem führenden Sprecher des Islamischen Emirats Afghanistan, veröffentlicht wurde, behauptete Mujahid, dass "die religiösen und bürgerlichen Rechte aller Minderheiten in Afghanistan geschützt sind" und dass der Bericht "unvollständig ist und auf falschen Informationen beruht".

In dem Bericht des Außenministeriums werden jedoch mehrere Verstöße gegen die Religionsfreiheit festgestellt, die auf die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 zurückzuführen sind. Insbesondere wird die strenge Auslegung der Scharia durch die Taliban genannt, die für die Mitglieder der afghanischen Gesellschaft, einschließlich der Christen, gilt. Dem Bericht zufolge "lebten die Christen weiterhin in ständiger Angst vor Enttarnung und zögerten, irgendjemandem ihre religiöse Identität zu offenbaren". Darüber hinaus stellten einige Quellen fest, dass "christliche Konvertiten als Abtrünnige betrachtet werden [könnten] und nach einer strengen Auslegung der Scharia hingerichtet werden, wie es bereits während der Zeit der Islamischen Republik und unter den Taliban von 1996 bis 2001 der Fall war". Weitere Sorgen, die in dem Bericht geäußert wurden, waren die zunehmenden Gewalttaten gegen christliche Konvertiten. So wurde in einem Abschnitt hervorgehoben, dass "die Machtübernahme durch die Taliban intolerante Verwandte ermutigt hat, ihnen Gewalt anzudrohen und die Konvertiten zu verraten, falls sie ihr Christentum weiter praktizieren."

Die ausdrückliche Leugnung dieser dokumentierten Menschenrechtsverletzungen durch die Taliban scheint Teil einer größeren Kampagne zu sein, mit der sie sich von einer gewalttätigen Dschihadistengruppe in eine tolerantere Regierung umdeuten wollen, wie dies in einigen von Mujahids früheren Erklärungen angedeutet wurde. Die Realität vor Ort zeigt jedoch ein anderes Bild: Christen und andere religiöse Minderheiten sind gezwungen, sich aus Angst vor tödlicher Verfolgung zu verstecken. Am Ende seiner jüngsten Erklärung behauptete Mujahid, dass "Sunniten, Schiiten, Sikhs und Hindus ihre Religion [in Afghanistan] frei ausüben", wobei er die schätzungsweise 10.000 bis 12.000 Christen, die sich derzeit im Land aufhalten, nicht erwähnte. Diese missachtende Haltung verheißt nichts Gutes für die Zukunft der Christen in Afghanistan.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKRE

Aserbaidshon: Staatliche Eingriffe in Bestellung und Absetzung von Imamen

AKREF-A/F18/11.06.22 - Entgegen der aserbaidshonischen Verfassung, in der die Trennung von Religion und Staat festgeschrieben ist, wurde durch die im April 2022 in Kraft getretene Novelle zum Religionsgesetz die Kompetenz für die Ernennung von Imamen von der Zentralorganisation der kaukasischen Muslime an das Staatliche Komitee für die Arbeit mit religiösen Organisationen übertragen. Die Imame werden jeweils für 5 Jahre bestellt, dann erfolgt eine Überprüfung durch das Komitee. Je nach deren Ergebnis können sie für 5 weitere Jahre in ihrer Funktion bestätigt oder abgesetzt werden. Anfang Mai entließ dieses Komitee den Imam Mirseymur Aliyef aus Neftchala mit der Begründung, er hätte die Gebete zum Ende des Ramadan am 3. Mai und nicht wie vorgeschrieben am 2. Mai abgehalten. Dazu ist zu bemerken, dass die Daten für muslimische Feste vom Staat im Voraus festgelegt werden, während Beginn und Ende des Ramadan nach islamischer Tradition von den tatsächlich beobachteten Mondphasen abhängig sind. In diesem Zusammenhang erklärte der engagierte Menschenrechtsaktivist und Rechtsanwalt Asabali Mustafyev, dass der Staat durch die nunmehrige Übernahme der direkten Kontrolle über den islamischen Klerus die Funktionen einer religiösen Organisation ausübe.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 10. Juni 2022).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Bangladesch: «Ich gebe den Glauben an Jesus nicht auf!»

Open Doors CH - Der ehemalige Muslim Jashim wurde zweimal brutal angegriffen, weil er sich für Jesus entschieden hatte. Er wurde letzte Woche aus dem Krankenhaus entlassen und bittet die Christen um Gebet.

Es ist kaum ein Jahr her, seit Jashim Uddin (25) zum christlichen Glauben kam. Er liess sich taufen und fing an, in seiner Umgebung die Liebe Gottes zu teilen. So begannen einige seiner Freunde und Familienmitglieder, Jesus nachzufolgen. Doch sein ansteckender Glaube kostete Jashim vor drei Wochen beinahe das Leben.

Allein gegen Dutzende von Angreifern und Gleichgültigen

Jashim lebt mit seiner Frau und seinen drei Kindern in Jhenaidah im Westen von Bangladesch. Am vergangenen 14. Mai wurde er vor seinem Haus am helllichten Tag von Familienmitgliedern und Nahestehenden angegriffen. Sie waren wütend, weil er den christlichen Glauben angenommen hatte und Alphabetisierungskurse für Erwachsene durchführte. Die Angreifer forderten ihn auf, seinem Glauben an Jesus abzuschwören und zum Islam zurückzukehren. Doch Jashim widersetzte sich entschieden: «Ich habe Jesus Christus als Retter und Herrn meines Lebens anerkannt. Ich habe das Recht, meinen Glauben zu wählen und zu praktizieren. Ihr könnt mich nicht zu eurem Handeln zwingen. Ich gebe meinen Glauben an Jesus nicht auf!»

Sein Widerstand machte die Angreifer noch wütender. Sie begannen, mit scharfen Gegenständen auf ihn einzustechen, stiessen ihn zu Boden und schlugen wahllos auf ihn ein. Einige hielten ihn an den Händen und Beinen fest, andere versuchten, ihn zu erwürgen.

Insgesamt waren 50 bis 60 Personen direkt am Angriff beteiligt. Es waren auch mehrere Passanten und zufällige Zeugen anwesend, die vom Schicksal des jungen Mannes unberührt blieben oder sich nicht trautes, ihm zu Hilfe zu kommen. Wie durch ein Wunder entkam Jashim seinen Angreifern.

Spott und ein zweiter Angriff

Dann begab er sich zu seinem Pastor und erklärte ihm mit zitternder Stimme, was geschehen war. Die Christen brachten Jashim sofort ins Krankenhaus.

Als er nach Hause zurückkam, wartete dort bereits die Polizei auf ihn, um den Vorfall aufzuklären. Als die Polizisten erfuhren, dass Jashim wegen seiner Bekehrung zum christlichen Glauben angegriffen worden war, wurden auch sie wütend. Anstatt ihm zu helfen oder nach den Schuldigen zu suchen, machten sie sich über ihn lustig.

Kaum war die Polizei abgezogen, griffen die Angreifer Jashim erneut an. Sie gingen noch brutaler vor und warfen ihn schliesslich aus seinem Haus. Er wurde schwer verletzt und musste mehrere Tage im Krankenhaus verbringen. Sein Zustand war besorgniserregend und er konnte nur unzusammenhängend sprechen. Die Schmerzen waren so stark, dass er sich das Leben nehmen wollte. Mittlerweile geht es ihm besser, aber er leidet immer noch an Kopfschmerzen und Schwindel. Er hat das Krankenhaus verlassen und befindet sich mit seiner Familie an einem sicheren Ort, denn auch sie wurden bedroht und mussten flüchten.

Wieder Fuss fassen und auf neue Hoffnung bauen

Die lokalen Partner von Open Doors in Bangladesch haben die Familie mit Lebensmitteln für einen Monat versorgt, damit sie nicht verhungern. Sie beten auch für die Genesung von Jashim. Während der Genesungszeit nehmen Jashim und seine Familie an einer Jüngerschaftsschulung teil, wachsen geistlich und versuchen, mit Gottes Hilfe wieder Fuss zu fassen.

Quelle: Open Doors CH

https://www.opendoors.ch/news/bangladesch-ich-gebe-den-glauben-jesus-nicht-auf?_cldee=8KHRHxXg8n_nlrhCr-SZK3iLH_ee-UCh0JtB5w0ofY0Ziuo03fFQfuXFCwk0SCcM&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-25e9d91b42214cffb8bf0ae33291290&esid=e55a5900-f3e0-ec11-bb3c-0022489de550

Belarus: Ein Christ kann nicht sagen, dass das, was jetzt in der Ukraine vorgeht, gut ist

AKREF-A/11.06.22 - Die Polizei hat den orthodoxen Priester Andrei Nozdrin verwarnt und seine Kirche hat ihn in eine Pfarre an einem abgelegenen Ort versetzt, nachdem er sich öffentlich gegen die russische Invasion in der Ukraine und die Rolle von Belarus in dieser kriegerischen Auseinandersetzung geäußert hatte. Daraufhin erklärte er: „Ein Christ kann nicht sagen, dass das, was jetzt in der Ukraine vorgeht, gut ist und sollte auch verstehen, dass Töten eine Sünde ist. Er erklärte gegenüber Forum 18, dass er nicht aufhören würde, diese christlichen Prinzipien zu lehren. Im April hatte ihn die Polizei für ein „präventives Gespräch“ vorgeladen, nachdem sich zwei Informanten über ihn beschwert hatten, die über seine Positionierung gegen den Krieg nicht glücklich waren und auch das Singen des Kirchenliedes Mächtiger Gott kritisierten. Dieses Kirchenlied wird mit der Opposition assoziiert und sowohl die Regierung als auch das Oberhaupt der orthodoxen Kirche von Belarus Metropolit Veniamin haben das Singen dieses Liedes verboten. Auch Nachbarn und Freunde von Andrei Nozdrin wurden befragt. Am 25. April wurde er von der Polizei des Stadtbezirks Oktober von Grodno schriftlich verwarnt, er möge keine „extremistischen Verstöße und Verbrechen“ begehen. Danach wurde der Priester vom Erzbischof von Grodno aus allen Positionen in der Diözese entlassen und in ein kleines Dorf versetzt. Der Priester bedauerte, seine Pfarre verlassen zu müssen, wo er gemeinsam mit den Gläubigen eine Kirche errichtet und die größte Sonntagsschule für Kinder in der Großstadt Grodno gegründet hat.

Das Regime hat auch andere orthodoxe und katholische Priester ins Visier genommen. Betroffen waren unter anderem zwei katholische Priester der Diözese Minsk-Mogilew. Pater Andrei Kevlich, der Dekan des Dekanats Mogilew wurde am 18. April in seiner Pfarrkirche in der Stadt Gorki in der Region Mogilew festgenommen. Beamte durchsuchten seine Wohnung und beschlagnahmten sein Handy. Sie erstellten ein Protokoll über ein Vergehen, weil er über das Handy Material des polnischen Fernsehkanals Belsat und von Radio Free Europe auf seinem Facebook Account veröffentlicht hatte. Sowohl Belsat als auch Radio Free Europe werden vom Regime als extremistisch eingestuft. Außerdem hatte er ein Video einer Pensionistin aus Kiew, die russischen Artilleriebeschuss erlebt hatte, auf seiner Facebookseite veröffentlicht und sein Foto auf Facebook mit der ukrainischen Flagge versehen. Daraufhin wurde er am 12. Mai zu einer Geldstrafe in Höhe von zwei durchschnittlichen Wochenlöhnen verurteilt.

Ein anderer katholischer Priester, Igor Laschuk von der Pfarre St. Kasimir in Stolbtsy in der Region Minsk, organisierte am 4. März eine spezielle Gebetsversammlung in Pfarren nahe der ukrainischen Grenze. Unter anderem sagte er: „Gott, vergib bitte deinem Volk, dass wir nicht wissen, wie man in Frieden miteinander spricht“. Am 20. April wurde er verhaftet und am 28. April zu einer Geldstrafe in Höhe von drei durchschnittlichen Wochenlöhnen verurteilt, weil er Artikel verbotener Medien, konkret von Belsat und Radio Free Europe, weiter veröffentlicht hatte, in denen der Krieg gegen die Ukraine kritisiert wurde. Auch sein Handy wurde beschlagnahmt.

Die Polizei hat auch orthodoxe Priester vorgeladen und verwarnt, die einen offenen Brief unterschrieben haben, in dem sie zur Versöhnung und einem sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine aufgerufen hatten. Die Aktivitäten von Priestern in den sozialen Medien werden vom Regime überwacht, insbesondere von den für die Ideologie zuständigen Abteilungen.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 10. Juni 2022).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Deutschland: 250 Personen demonstrieren für das Lebensrecht

Erzgebirge: „Schweigemarsch für das Leben“: Sächsische Bischöfe senden kein Grußwort

Annaberg-Buchholz (IDEA) – Rund 250 Personen haben beim 11. „Schweigemarsch für das Leben“ im erzgebirgischen Annaberg-Buchholz für das Lebensrecht ungeborener Kinder sowie alter, behinderter und kranker Menschen demonstriert. Die Veranstaltung am 11. Juni stand unter dem Motto „Hilfe zum Leben statt Hilfe zum Töten“. Veranstalter war der Verein „Lebensrecht Sachsen“. Die Vorsitzende des Vereins, Susanne Georgi (Zwönitz/Erzgebirge), sagte, dass der Staat eine Schutzpflicht für alle Bürger habe. Das sei im Grundgesetz mit Verfassungsrecht festgeschrieben. Deshalb habe jeder Mensch eine Würde: „Wenn die Tötung des Ungeborenen als Mittel zur ‚Rettung‘ eines anderen Menschen benutzt wird, wird es zum ‚Ding ohne Recht‘. Es wird ihm der Wert abgesprochen, der dem Menschen um seiner selbst willen zukommt.“ Wenn der Staat es zulasse, dass das jedes Jahr bis zu 100.000-mal in Deutschland passiere, dann habe er Wichtigeres zu tun, als über eine Legalisierung des Abtreibungsrechts zu diskutieren, so Georgi. Wie die Gesundheitsberaterin und fünffache Mutter gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte, stimmte sie vor 25 Jahren selbst einer Abtreibung zu. Die Ärzte hätten ihr damals erklärt, angesichts ihrer angespannten gesundheitlichen Situation wäre eine Abtreibung „das Vernünftigste“. Heute wolle sie Frauen davor bewahren. Sie selbst habe unter der Abtreibung später sehr gelitten. Zugleich respektiere sie aber ihr Gegenüber mit seiner Entscheidung und erlaube sich, „die Frohe Botschaft der Bibel als positive Zusage auszusprechen, denn nur Gott ist der Richter“.

Kritik an Ampel-Koalition

Heinrich Ottinger (Chemnitz), Mitarbeiter bei der christlichen Lebensrechtsorganisation KALEB (Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren), richtete in seiner Ansprache unter anderem Worte an die Bundestagsabgeordneten. Er kritisierte, dass bei der Debatte um die Abschaffung des Paragraphen 219a (Werbeverbot für Abtreibungen) besonders Vertreter der Ampel-Koalition versuchten, den Begriff „Kind“ „brutalstmöglich“ zu vermeiden. Selbst auf Zigarettenschachteln stehe die Warnung: „Rauchen kann Ihr ungeborenes Kind töten!“ Die Zigarettenindustrie sei eine der verlogenen Industrien, die es je gegeben habe – und ausgerechnet sie spreche vom „ungeborenen Kind“.

Etwa 170 Gegendemonstranten

Wie die Polizei IDEA auf Anfrage mitteilte, zählte die Gegendemonstration des Aktionsbündnisses „Pro Choice Sachsen“ etwa 170 Teilnehmer. Es habe keine besonderen Vorkommnisse gegeben. Vor allem während der Abschlussveranstaltung vor der evangelischen St. Annenkirche versuchten die Gegendemonstranten, mit Zwischenrufen und lauter Musik die Kundgebung zu stören. Sie riefen unter anderem „Hätt' Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“ oder „Eure Kinder werden so wie wir, eure Kinder werden alle queer“. Zudem hielten sie Plakate mit der Aufschrift „Leben schützen – Abtreibung legalisieren!“ hoch. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte das Aktionsbündnis dazu aufgerufen, den Marsch „zum Desaster“ zu machen: „Ihre antifeministische Hetze werden wir nicht unwidersprochen lassen.“

Landeskirche: Kein Grußwort des Bischofs wegen „Terminfülle“

In den vergangenen zwei Jahren musste die Veranstaltung coronabedingt ausfallen. Der letzte „Schweigemarsch“ hatte 2019 mit rund 700 Teilnehmern stattgefunden. Damals hatten die beiden sächsischen Bischöfe – der evangelische Landesbischof Carsten Rentzing und der katholische Bischof Heinrich Timmerevers vom Bistum Dresden-Meißen – ein Grußwort gesandt. In diesem Jahr verzichteten die amtierenden Bischöfe – Tobias Bilz und Timmerevers (beide Dresden) – darauf. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens schrieb der Vorsitzenden von „Lebensrecht Sachsen“, dass Landesbischof Bilz „aufgrund der Terminfülle“ kein Grußwort zur Verfügung stellen könne. Das Bistum Dresden-Meißen teilte mit, dass die beiden Bischöfe sich darauf verständigt hätten, auf ein eigenes Grußwort zu verzichten. Begründet wurde das von katholischer Seite unter anderem damit, dass für den Lebensschutz „teilweise in aggressiver, fast militanter Weise“ eingetreten werde: „Die Spannung, Verständnis für die Position des anderen zu entwickeln ohne die eigene Position aufzugeben, wird an einigen Stellen manchmal leichtfertig in eine Richtung aufgelöst.“ Das Bistum wolle das Thema Lebensschutz „auf eigene Weise“ wachhalten. Der Landesverband Sachsen der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) hatte mitgeteilt, dass er „ausdrücklich“ diese „wichtige Veranstaltung“ unterstütze. Die etablierte Politik setze sich nicht mehr erkennbar für das Leben der ungeborenen Kinder ein. Auch die Glaubwürdigkeit der Kirchen sei von ihrem Einsatz für die Ungeborenen berührt.

Deutschland: Abtreibungszahlen in Deutschland steigen

Im ersten Quartal 2022 legten sie um 4,8 Prozent auf 25.800 zu

Wiesbaden (IDEA) – 25.800 Frauen haben im ersten Quartal 2022 eine Abtreibung vorgenommen. Dies ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Steigerung von 4,8 Prozent, teilte das Statistische Bundesamt (Wiesbaden) mit. Zuvor war die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche seit dem zweiten Quartal 2020 gesunken. Insgesamt gab es 2021 94.600 Abtreibungen – 5,4 Prozent weniger als 2020 (100.000). Im Vergleich zu 2019 (101.000) lag diese Zahl um 0,9 Prozent niedriger. Ob und wie diese Entwicklung mit dem Verlauf der Corona-Pandemie zusammenhängt, sei anhand der Daten nicht eindeutig bewertbar, so das Statistische Bundesamt. Vor zehn Jahren gab es rund 107.000 Abtreibungen. Aus den neuen Daten geht hervor, dass in diesem Jahr jede Woche 1.980 Kinder im Mutterleib getötet werden. 2021 waren es 1.820.

Deutschland: AVC-Jubiläumsfeier - Einen Lebensstil der Barmherzigkeit pflegen

Seit 50 Jahren an der Seite verfolgter Christen und Notleidender

Nidda (IDEA) – Repräsentanten aus dem In- und Ausland haben die Arbeit des christlichen Hilfswerks AVC – Aktion für verfolgte Christen und Notleidende – gewürdigt. Die Organisation mit Sitz im mittelhessischen Nidda feierte vom 10. bis 12. Juni ihr 50-jähriges Bestehen. Sie war 1972 mit dem Ziel gegründet worden, verfolgten Christen im damaligen Ostblock zu helfen. Das Werk arbeitet heute mit Partnern auf vier Kontinenten in mehr als 60 Ländern zusammen, unter anderem in der Katastrophen- und Entwicklungshilfe, aber auch der Mission. AVC ist ein Arbeitszweig des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP). Dessen Präses, Pastor Johannes Justus (Hannover), sagte in einem Grußwort vor den rund 550 Besuchern, er sei voller Dankbarkeit, „dass sich diese großartige Arbeit in unserem Bund entwickelt und entfaltet hat“. Aus kleinen Anfängen sei eine Organisation entstanden, die heute weltweit Einfluss und Gewicht habe. Justus dankte allen Mitarbeitern im Dienst des AVC, dass sie sich auf den Weg zu den Leidenden machen, ihnen helfen und eine Stimme geben. Er rief dazu auf, einen Lebensstil der Barmherzigkeit und der Liebe zu Benachteiligten und Unterdrückten zu pflegen. Dieser sollte ein Markenzeichen für Christen sein.

Pfingstkirche in Äthiopien: In fast 40 Jahren von 60 auf über 3.300 Gemeinden

Der Präsident des Pfingstkirchenbundes „Full Gospel Believers Church“ in Äthiopien, Pastor Lako Bedasso (Addis Abeba), dankte dem Hilfswerk für die Unterstützung seit 1984. Sie habe dazu beigetragen, dass die Freikirche stark gewachsen sei. Die Zahl der Gemeinden habe sich seither von 60 auf über 3.300 erhöht. Sie hätten heute rund zehn Millionen Mitglieder. Wie AVC-Leiter Eduard Schmidt gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte, finanziert das Werk 170 Evangelisten der Freikirche. Auch der Ministerpräsident des Landes, Abiy Ahmed, gehöre ihr an. Schmidt zufolge werden Christen in Teilen Äthiopiens, vor allem im Südwesten, von radikalen Muslimen verfolgt. Zwar sei die Lage nicht so extrem wie in Nigeria, aber es komme immer wieder zu Übergriffen. So würden Kirchen niedergebrannt und Christen bedroht und angegriffen, vor allem wenn sie zuvor Muslime waren.

Bürgermeister: Mitarbeiter handeln „im festen Glauben an Gott“

Der Bürgermeister von Nidda, Thorsten Eberhard (CDU), würdigte das Hilfswerk als zuverlässigen Partner in allen Notsituationen. Dies gelte jetzt auch im Blick auf die Ukraine-Flüchtlinge. Die AVC-Mitarbeiter handelten, ohne lange zu reden. Sie täten dies „im festen Glauben an Gott“. An der Jubiläumsfeier wirkten auch Christen aus dem Irak und aus Tansania mit.

Wie alles begann

Den Start der AVC-Arbeit bildete 1972 eine Demonstration in Köln, bei der die Freilassung von fünf Pastoren in Rumänien gefordert wurde. Deren „Verbrechen“: Sie hatten Bibeln im Rahmen von Hilfslieferungen angenommen. Bereits kurze Zeit nach der Veranstaltung begann der Einsatz für Christen in der Sowjetunion. 1978 dehnte sich die Arbeit nach Lateinamerika, 1980 nach Afrika und 1982 in den Nahen Osten aus. Ehrenpräsident des Werkes ist dessen Mitbegründer und langjähriger Leiter, Pastor Waldemar Sardaczuk. AVC gehört zur Arbeitsgemeinschaft Pfingstlich Charismatischer Missionen (APCM).

Deutschland: Über muslimische Verbände und liberale Muslime

Kaddor: Religionspolitische Sprecherin der Grünen äußert sich im IDEA-Interview

Wetzlar (IDEA) – Um die Staatsleistungen an die Kirchen abzulösen, könnte der Bund die Bundesländer finanziell unterstützen. Das schlägt die religionspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Lamya Kaddor, in einem Interview mit der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) vor. Für das Jahr 2022 betragen die Staatsleistungen an die Kirchen etwa 602 Millionen Euro. Um diesen jährlich fälligen Betrag auf einen Schlag abzulösen, müssten die Bundesländer – je nach Einigung – etwa 11,2 Milliarden Euro an die Kirchen überweisen. Kaddor zufolge ist zu prüfen, „ob der Bund einen gewissen Anteil übernehmen kann“. Allerdings müsse man schauen, was am Ende finanzierbar sei. Der Bund befinde sich in einer sehr angespannten Haushaltslage – nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine und dem Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. Dennoch sei die Koalition aus SPD, Grünen und FDP dabei, die Ablösung voranzutreiben. Zur Haltung des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne), eine Ablösung sei derzeit nicht finanzierbar, sagte Kaddor: „Ich nehme diese Aussage sehr ernst, ich teile aber den Pessimismus nicht. Sollen wir nochmal 100 Jahre warten? Ich finde, es ist an der Zeit, die Sache endlich anzugehen.“

Gemeinsamer Dachverband für 4,3 Millionen Muslime nötig

Ferner äußerte sich Kaddor zur Anerkennung muslimischer Verbände als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Muslime sollten einen Kompromiss finden und einen gemeinsamen Dachverband von liberalen und konservativen Muslimen bilden, der ein möglichst breites Spektrum der 4,3 Millionen Muslime in Deutschland repräsentiere. Der Koordinationsrat der Muslime reiche dafür nicht aus, da er vor allem für den konservativen Flügel stehe. Es gebe aber auch viele Muslime, die liberal und progressiv glaubten. Allerdings vernetzten sich nur wenige in Vereinen. Zudem erhielten liberale Verbände kein Geld aus dem Ausland für den Moscheeausbau oder die Imam-Ausbildung.

Was liberale Muslime ausmacht

Kaddor war Gründungsvorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes. Dieser vertritt 230 Mitglieder in sechs Gemeinden. Zur Frage, wie liberal und muslimisch zusammengingen, erklärte sie, ein liberales Glaubensverständnis gehe davon aus, dass der eigene Glaube für einen selbst die beste Religion ist. Das bedeutet jedoch nicht, dass das auch für alle anderen Menschen gelten müsse. Liberale Muslime seien offen für homosexuelle oder queere Muslime. Zudem könnten in liberalen Gemeinden Frauen Imame sein. Es gebe auch kein Problem mit religionsverschiedenen Ehen. Außerdem bestehe für Frauen keine Pflicht, ein Kopftuch zu tragen – auch wenn es Frauen gebe, die das aus Überzeugung tun. Es steht jeder Frau offen, das selbst zu entscheiden. Kaddor wurde als Tochter syrischer Einwanderer in Ahlen geboren. Sie ist Islamwissenschaftlerin und muslimische Religionspädagogin.

Deutschland: „Ampel kehrt Problem des Islamismus unter den Teppich“

Islam-Expertin Prof. Schröter sieht „hohes Gewaltpotenzial“

Berlin (IDEA) – Heftige Kritik am Umgang der Ampel-Koalition mit dem Islamismus hat die Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam in Frankfurt am Main, die Ethnologin Prof. Susanne Schröter, geübt. „Die Ampel kehrt das Problem des Islamismus beharrlich unter den Teppich. Weder das hohe Gewaltpotenzial noch die Probleme mit Islamisten in Schulen oder die Unterdrückung von Mädchen und Frauen scheinen die Regierung zu beunruhigen“, erklärte die Islam-Expertin gegenüber der „Welt am Sonntag“. Wie es in deren Bericht weiter heißt, gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die „Ampel“ das Thema vernachlässigt. Ein Beispiel sei das gemeinsame Diskussionspapier des Familien- und Innenministeriums für das geplante Demokratieförderungsgesetz. Darin heißt es: „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind ebenso ein Angriff auf unser gesellschaftliches Miteinander wie Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und weitere Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie Diskriminierungen.“ Islamischer Fundamentalismus tauche in dieser Aufzählung nicht auf, so „Welt am Sonntag“. Außerdem sei im Haushaltsausschuss ein Antrag abgelehnt worden, für den im Innenministerium angesiedelten „Expertenkreis Politischer Islamismus“ jährlich 250.000 Euro bereitzustellen. Das hatte die CDU/CSU-Fraktion vorgeschlagen. Den Expertenkreis Politischer Islamismus hatte der Vorgänger von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), Horst Seehofer (CSU), eingesetzt. Laut Professorin Schröter – sie gehört dem Expertenkreis an – spricht es „Bände“, dass das „nicht mehr als provisorisch“ verfasste Gremium einem bestens ausgestatteten Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit gegenüberstehe.

Vorwurf der CDU/CSU: „Ampel“ lässt Sicherheitslücke entstehen

Scharfe Kritik übte auch die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Andrea Lindholz (CSU): „Die Ampel-Koalition hat die Gefahr des Islamismus in Deutschland bislang weitgehend ignoriert. Frau Faeser und die Ampel lassen durch ihr Nichtstun eine Sicherheitslücke entstehen.“ Vertreter der „Ampel“ wiesen die Kritik zurück. So zitiert die „Welt am Sonntag“ den innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Manuel Höferlin, mit den Worten: „Die Fortschrittskoalition nimmt die Bedrohung des politischen Islamismus sehr ernst.“

Europa: Diskriminiert und allein gelassen im „christlichen“ Europa? Unterstützung mit Recht!

Von Mag. Josef Jäger/AKREF-A/11.6.2022 - Angriffe auf Christen und Einschränkungen der Religionsfreiheit kennt man eigentlich nur aus weit entfernten Ländern. Tatsächlich nimmt auch in Europa der Druck auf Christen zu. Dass Christ sein nicht unbedingt karrierefördernd ist, damit haben sich die meisten schon arrangiert. Aber nicht nur das. Krankenschwestern, die ihren Job verlieren, weil sie nicht an Abtreibungen mitwirken wollen. Apotheker, die angeklagt werden, weil sie nicht die „Pille danach“ verkaufen. Oder auch ganz normale Mitarbeiter, die sich gegen übergriffige Gender Ideologien wehren und deswegen ihren Job verlieren.

Niemand sollte dazu verpflichtet werden, gegen die eigenen Grundsätze zu handeln. Ganz im Gegenteil haben alle Menschen in der Verfassung garantierte Grundrechte, selbstverständlich auch Christen.

In Finnland wurde die ehemalige Innenministerin Päivi Räsänen drei Jahre lang strafrechtlich verfolgt, weil sie in einem Tweet aus der Bibel zitiert hatte. Nach dem Freispruch in der ersten Instanz legte die Generalstaatsanwältin Berufung ein. Noch während der Gerichtsverhandlung, die stellenweise an einen säkularen Ketzerprozess erinnerte, sagte Räsänen: Es ist „jetzt an der Zeit, zu sprechen. Denn je mehr wir schweigen, desto enger wird der Raum für Meinungs- und Religionsfreiheit.“ Inzwischen wurde sie auch in zweiter Instanz rechtskräftig freigesprochen.

Die Verteidigung von Päivi Räsänen wurde von der christlichen Menschenrechtsorganisation ADF International unterstützt. ADF International, die Allianz zur Verteidigung der Freiheit, ist eine Bündnis von Anwälten, die bei Grundrechtsverletzungen juristische Hilfe leisten. Auf der völkerrechtlichen Ebene arbeitet ADF International dabei mit eigenen Juristen, die z.B. Fälle vor internationalen Gerichtshöfen oder UN-Komitees vertreten, Abgeordnete des Europaparlaments mit Informationen und Argumenten unterstützen, und weltweit ein Netzwerk von Anwälten und Führungskräften aufbauen und schulen. Wie im Fall von Räsänen können so auch Rechtsfälle in den nationalen Instanzen unterstützt werden.

Auch in Österreich können sich Betroffene an ADF International wenden, wenn ihre fundamentalen Rechte wie Religions-, Gewissens- oder Meinungsfreiheit eingeschränkt werden. Die Organisation hat in Wien sogar ihr Hauptquartier. Gleichgesinnte, christliche Anwälte sind eingeladen, Teil des weltweiten Netzwerks von ADF International zu werden. Für Hinweise auf Einzelfälle oder für die Bitte um Unterstützung steht unter <https://adfinternational.org/contact/> ein Online-Formular zur Verfügung (bitte bei „Subject of inquiry“ „Legal“ auswählen). Das Formular kann in deutscher Sprache ausgefüllt werden.

Da Fälle der Diskriminierung von Christen oft medial verschwiegen werden, ist es besonders wichtig, diese auch ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Mit ADF International bestens vernetzt ist das Observatory on Intolerance and Discrimination Against Christians (<https://www.intoleranceagainstchristians.eu/>; observatory@intoleranceagainstchristians.eu) mit Sitz in Wien. Diese Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, Fälle von Intoleranz und Diskriminierung von Christen zu dokumentieren und auf der Grundlage zuverlässiger und objektiver Daten an die Öffentlichkeit, sowie an Politiker und internationale Institutionen zu berichten. Dokumentiert werden unter anderem gewalttätige Übergriffe und Drohungen gegen Christen oder christliche Gemeinschaften, Vandalismus an Gottesdienststätten, diskriminierende Gesetze, Eingriffe in Elternrechte und Verletzungen der Religions-, Rede-, Versammlungs- und Gewissensfreiheit. Auf der leider nur in englischer Sprache verfügbaren Website findet sich ein Button „Report a Case“ (Einen Fall melden), der selbstverständlich auch für Meldungen auf Deutsch benutzt werden kann. Schweigen wir nicht, wenn unsere Rechte als Christen verletzt werden!

Mag. Josef Jäger

Leiter des Arbeitskreises Religionsfreiheit der Österreichischen Evangelischen Allianz

zuerst erschienen

bei: https://www.evangelischeallianz.at/fileadmin/Downloads/Allianz_Spiegel/as_139_web_geschwaerzt.pdf

Indien: Antichristliche Gewalt nimmt zu

United Christian Forum appelliert an Behörden

Neu-Delhi (Fides) - Das ökumenische United Christian Forum (UCF), in dem sich verschiedene christliche Konfessionen in Indien zusammenschließen, appelliert an die Politiker des Landes mit der Bitte um rasches Eingreifen zur Bekämpfung der Zunahme von Gewalt gegen die christliche Glaubensgemeinschaft in Indien.

Nach Angaben des UCF gab es im Jahr 2022 bisher durchschnittlich mehr als einen Vorfall pro Tag. Im Januar wurden 40 Zwischenfälle dokumentiert, im Februar waren es 35, im März 33, im April 40 und im Mai fast doppelt so viele mit 57 Episoden in 31 Tagen, also im Durchschnitt fast zwei Unfälle pro Tag. Insgesamt 48 Vorfälle wurden in Uttar Pradesh registriert, 44 in Chhattisgarh, 23 in Jharkhand und 14 in Madhya Pradesh. Aufgrund der neuen Anti-Konversionsverordnung in Karnataka wurden sechs Fälle aus dem Bundesstaat gemeldet.

„Die Verfolgung ist in Bundesstaaten wie Uttar Pradesh, Madhya Pradesh, Chhattisgarh und Karnataka am akutesten“, stellt UCF fest und beruft sich dabei auf Daten, die von ihrer „National Helpline“, einer gebührenfreien Nummer zur Überwachung von Gewalt, gesammelt wurden. „Obwohl das Jahr 2022 noch nicht einmal zur Hälfte vorbei ist, hat es bereits 207 Fälle von Gewalt gegeben. Allein im Mai dieses Jahres verzeichneten wir 57 Fälle. Im Jahr 2021 hat die UCF 505 Fälle dokumentiert, wobei es an Weihnachten 16 Gewalttaten gab, darunter die Schändung und Beschädigung von Christusstatuen in einer historischen Kirche im Bundesstaat Haryana“, so A. C. Michael, Koordinator des UCF. „Diese Zahl“, stellt Michael fest, „steht im Widerspruch zu den Aussagen von Beamten in der Bundesregierung und in den verschiedenen Bundesländern, wonach es keine Verfolgung gibt und es sich nur um einige vereinzelte Vorfälle von Randgruppen handelt“.

Zu den Vorfällen gehören neben körperlichen Übergriffen auch Gewalt gegen Frauen, Vandalismus, erzwungene Schließung von Kirchen, Unterbrechung der Sonntagsgebete und soziale Ächtung, die in kleinen Städten und Dörfern besonders deutlich zu spüren ist.

„Muslime und Christen in Indien stehen im ganzen Land im Fadenkreuz militanter Hindu-Nationalisten. Die Polizei ist mitschuldig“, beklagt John Dayal, katholischer Laie, Journalist und Menschenrechtsaktivist, gegenüber der Agentur Fides. Bereits im Januar 2015 wurde deshalb die UCF-Hotline deshalb mit dem Ziel eingerichtet, die Grundfreiheit zu verteidigen und die Werte Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in Indien zu fördern und Menschen in Not zu begleiten. (SD-PA) (Fides 13/6/2022)

Indien: Regierung bestreitet die Beweise für Verfolgung

International Christian Concern - Letzte Woche, am 2. Juni, veröffentlichte das US-Außenministerium seine jährlichen länderspezifischen Berichte über die internationale Religionsfreiheit im Jahr 2021. Der Bericht über die Religionsfreiheit in Indien hebt Fälle erheblicher Menschenrechtsverletzungen gegen Minderheiten hervor, darunter glaubwürdige Berichte über "ungesetzliche und willkürliche Tötungen", "willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen durch Regierungsbehörden" und "harte und lebensbedrohliche Haftbedingungen". Der US-Außenminister Antony Blinken sagte nach der Veröffentlichung des Berichts: "In Indien, der größten Demokratie der Welt und Heimat einer großen Vielfalt von Glaubensrichtungen, haben wir zunehmende Angriffe auf Menschen und Kultstätten erlebt."

Anstatt die eskalierende religiöse Verfolgung anzuerkennen, hat die indische Regierung Angriffe auf Minderheiten und ihre Gotteshäuser geleugnet. Ein offizieller Sprecher des indischen Außenministeriums argumentierte, dass die Äußerungen von US-Beamten wie Blinken durch Parteilichkeit motiviert seien und dass Indien in Gesprächen mit den Vereinigten Staaten regelmäßig auf Probleme mit minderheitenfeindlicher Gewalt hingewiesen werde.

Ungeachtet ihrer Erwidernungen muss die indische Regierung noch die Realität der zunehmenden Verfolgung anerkennen, insbesondere in den von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) kontrollierten Bundesstaaten. Wie die ICC kürzlich berichtete, wurden in einem solchen von der BJP kontrollierten Bundesstaat im Mai mindestens 30 Christen willkürlich inhaftiert. Die Behörden begründeten diese Verhaftungen mit dem Vorwurf der Zwangsbekehrung. Die in 11 indischen Bundesstaaten verabschiedeten Anti-Konversionsgesetze werden häufig auf diese Weise gegen Christen eingesetzt, so dass solche Verhaftungen ohne Rücksicht auf ein ordentliches Verfahren möglich sind. Während indische Beamte die Einschätzung des Außenministeriums zur Religionsfreiheit in Indien anfechten, werden die Christen vor Ort weiterhin verfolgt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Irak: Muqtada al Sadr verlängert Mandat

des Ausschusses für die Rückgabe illegal enteigneter Immobilien

Bagdad (Fides) - Der irakische Schiitenführer Muqtada al Sadr, Vorsitzender des Bündnisses der wichtigsten Kräfte im derzeitigen irakischen Parlament, kündigte die Fortsetzung der Arbeit des auf seine Initiative hin Anfang 2021 gegründeten Ad-hoc-Ausschusses an, der die Aufgabe hat, die in den letzten Jahren auf illegale Weise von Eigentümern aus christlichen Gemeinden oder der Religionsgemeinschaft der Mandäer enteigneten Immobilien an die rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben.

Eine Ausweitung der Tätigkeit des Ausschusses wurde in einem von Muqtada al Sadr selbst unterzeichneten Dokument angekündigt, in dem auch die Namen von drei neuen Mitgliedern des Gremiums bekannt gegeben wurden. Das laut dem vom Schiitenführer verbreiteten Dokument "zur Rückgabe der Häuser und des Eigentums. Muqtada al Sadr betonte, dass die Ausweitung des Mandats des Ausschusses den Wert und die Bedeutung der Initiative bestätige und angeordnet worden sei, um der wachsenden Zahl von Beschwerden und Berichten, die bei dem Gremium eingehen, Rechnung zu tragen.

Muqtada al Sadr hatte Anfang des Jahres 2021 die Schaffung eines Ausschusses bekannt gegeben, der für die Prüfung von Beschwerden in Bezug auf illegale Enteignungen christliche Eigentümer, zu denen es in den letzten Jahren in verschiedenen Regionen des Landes gekommen war, zuständig sein sollte. Es sollten fortan Eigentumsdokumente über den Besitz von Immobilien, Häusern und Grundstücke gesammelt werden, die in den letzten Jahren illegal enteignet wurden. Die Absicht der vom schiitischen Führer auf den Weg gebrachten Initiative war es, die Gerechtigkeit wiederherzustellen und Verstöße gegen die Eigentumsrechte der "christlichen Brüder" zu beenden, auch solche, für die Mitgliedern der schiitischen Bewegung unter Leitung von al Sadr verantwortlich waren. Die Aufforderung, Fälle illegaler Enteignungen zu melden, richtete sich auch an Familien von Christen, die das Land in den letzten Jahren verlassen haben. Beschwerden über Missbräuche gegen christliche Eigentümer können bis zum Ende des nächsten Ramadan an das Komitee geschickt werden. Mehr als 120 Immobilien - Grundstücke und Häuser – konnten dank der Kampagne des schiitischen Führers Muqtada al Sadr und der von ihm gegründeten Sadristen-Bewegung bis Anfang dieses Jahres an christlicher Bürger und Mandäer zurückgegeben werden, die in den letzten Jahren Opfer einer illegalen Aneignung ihres Eigentums durch Einzelpersonen oder organisierte Gruppen geworden waren. Die Immobilien sollen nun an die rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden. Bei den sichergestellten Objekten handelt es sich um Häuser, landwirtschaftliche Flächen, Geschäftsgebäude und sogar kleine Fabriken und Geschäfte in den Städten Bagdad, Mossul, Basra und in der Provinz Kirkuk verstreut sind. Die illegale Enteignung des Eigentums christlicher Familien steht in engem Zusammenhang mit der Massenauswanderung irakischer Christen, die seit 2003 nach der US-geführten Militärintervention zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein das Land verließen. Die unbeaufsichtigt gelassene Häuser und Grundstücke wurden unbemerkt enteignet, weil man davon ausging, dass keiner der Eigentümer zurückkehren und seinen rechtmäßigen Besitz einfordern würde.

(GV) (Fides 11/6/2022)

Israel: WEA und IJCIC halten eine historische erste Tagung über jüdisch-evangelikale Beziehungen ab



WEA und IJCIC Delegation in Jerusalem Foto: © Yoni Reif/BQ

(Bonn, 14.06.2022) Die Weltweite Evangelische Allianz (WEA), ein globales Gremium, das mehr als 600 Millionen Evangelikale in 143 nationalen Allianzen vertritt, und das Internationale Jüdische Komitee für Interreligiöse Konsultationen (IJCIC), das 11 große jüdische Organisationen vertritt und Juden aus verschiedenen Konfessionen und Bereichen für ein gemeinsames Anliegen vereint, hielten vom 27. bis 29. April 2022 eine historische Tagung in Jerusalem ab. Unter der Leitung von Rabbi David Fox Sandmel, dem Vorsitzenden des IJCIC, und Erzbischof Dr. Thomas Schirmacher, dem Generalsekretär der WEA, kamen zwei Delegationen zusammen, die die Vielfalt beider Gemeinschaften widerspiegeln.

Dieses erste persönliche Zusammentreffen umfasste mehrere Sitzungen, in denen christliche und jüdische Führungskräfte persönliche Geschichten, Überlegungen und Perspektiven austauschten, gefolgt von offenen Diskussionen mit dem Ziel, das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Glaubensgemeinschaften zu verbessern und Themen von gemeinsamem Interesse zu bestimmen.

In den Gesprächen ging es unter anderem um die jüdisch-evangelikalen Beziehungen, das Wiederaufleben von offenem Antisemitismus und Holocaust-Leugnung, die Verbreitung von Muslimfeindlichkeit, den anhaltenden israelisch-palästinensischen Konflikt, die weltweite Feindseligkeit gegenüber gefährdeten Minderheiten, einschließlich der Verfolgung von Juden und Christen, sowie die Aushöhlung der Religionsfreiheit in vielen Teilen der Welt. Die Wahl Jerusalems als Tagungsort war von Bedeutung angesichts des gemeinsamen Erbes von Christen und Juden und der angespannten Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Gemeinschaften.

Die Delegierten begannen ihre Beratungsgespräche mit einem Besuch in Yad Vashem, der Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem, und einer besonderen Zeremonie, bei der Erzbischof Schirmmacher und Pfarrer Dr. Goodwill Shana, Vorsitzender des Internationalen Rates der WEA, im Namen der Weltweiten Evangelischen Allianz einen Kranz in der Gedenkhalle [Hall of Remembrance] niederlegten.

Die Delegationsleiter Sandmel und Schirmmacher nahmen auch an der offiziellen staatlichen Zeremonie zum Holocaust-Gedenktag in Yad Vashem mit Ansprachen des Staatspräsidenten und des israelischen Premierministers teil. Dort trafen sie auch mit der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, dem ehemaligen israelischen Staatspräsidenten Reuben Rivlin, dem ehemaligen israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, dem israelischen Oberrabbiner David Baruch Lau und seinem Vater und Vorgänger Yisrael Meir Lau sowie mit mehreren Ministern der israelischen Regierung zusammen.

Beide Delegationen wurden am nächsten Tag auch von Isaac Herzog, dem Präsidenten des Staates Israel, empfangen.

„Die WEA und das IJCIC sondierten Möglichkeiten, wie wir gemeinsam durch unser Eintreten und unsere Maßnahmen etwas Gutes in der Welt bewirken können. Wir verpflichten uns, alle Formen der gesellschaftlichen Normalisierung von Hass, einschließlich Antisemitismus und Angriffe auf religiöse Gemeinschaften, zur Sprache zu bringen und zu bekämpfen. Zu den Bereichen, in denen eine Zusammenarbeit möglich ist, gehören: gegenseitige Aufklärung, Umweltbelange und die Förderung des Friedens“, erklärten Rabbiner Sandmel und Dr. Schirmmacher gemeinsam.

„Dieses historische Zusammentreffen endete mit der gegenseitigen Verpflichtung, weiterhin offen und regelmäßig zu kommunizieren, die gemeinsamen Bemühungen um Veränderungen, die auf dem Treffen beschlossen wurden, zu erleichtern und in regelmäßigen Abständen erneut zusammenzukommen, damit wir unsere jeweilige und gegenseitige Verantwortung gegenüber unseren eigenen Gemeinschaften und der Welt im Großen und Ganzen wahrnehmen können“, fügten sie hinzu.

Die Delegation der Weltweiten Evangelischen Allianz (in alphabetischer Reihenfolge):

1. Matthias Böhning
2. Connie Duarte
3. Monika Faes
4. Timothy Goropevsek
5. David Guretzki
6. Frank Hinkelmann
7. David Kopp
8. John Langlois
9. Peirong Lin
10. Snehal Pinto
11. Samuel Richmond
12. Thomas Schirmmacher
13. Goodwill Shana
14. Ezekiel Tan
15. Harry Tees
16. Ekkehart Vetter
17. Brian Winslade

Die Delegation des Internationalen Jüdischen Komitees für interreligiöse Konsultationen:

1. Shoshana Boyd Gelfand
2. Mark Dratch
3. Betty Ehrenberg
4. Tamar Elad Applebaum
5. Euguen Korn
6. Marcie Lenk
7. Noam Marans
8. Michael Marmur
9. Dalia Marx
10. Carole Nuriel
11. David Rosen
12. David Sandmel
13. Lawrence Schiffman
14. Alan Schneider
15. Oded Wiener

Quelle: Bonner Querschnitte/Presseinformationen

Laos: Konvertitin verliert Land

Voice of the Martyrs Australia – Nachdem ihr Mann gestorben war, fühlte sich BounMee verflucht. Obwohl sie eine Animistin war, die an die Geister der Vorfahren glaubte, wandte sich BounMee an Christen, die sie kannte, um den Fluch zu brechen.

Nachdem sie einen örtlichen Pastor kennengelernt hatte, wurde sie Christin. Schließlich erfuhr ihr Schwager Reang, der auch ein Anführer ihres Dorfes ist, von BounMees christlichem Glauben. Er forderte sie auf, sich zwischen dem Jesus oder ihrer Familie zu entscheiden; BounMee entschied sich für Jesus.

Verärgert über ihre Reaktion stahl Reang einen Teil von BounMees Land und behauptete, ihr Mann habe ihm vor seinem Tod die Erlaubnis gegeben, es zu bewirtschaften. Die Dorfbewohner haben aufgehört, mit BounMee zu sprechen und sie nach dem Tod ihres Mannes weiter isoliert.

Quelle: iCommitToPray, Voice of the Martyrs Australia

<https://vom.com.au/laos-widows-land-stolen-after-trusting-in-christ/>

Übersetzt und bearbeitet von AKREF

Nepal: Christliche Vereinigung feiert 19. Vollversammlung

International Christian Concern - Letzte Woche hielt die Nepal Christliche Vereinigung (NCS) in Nepals Hauptstadt Kathmandu ihre 19. Während der Versammlung wählte die NCS ihren 51-köpfigen zentralen Arbeitsausschuss. Die neue Führung der Organisation hat sich verpflichtet, die christliche Gemeinschaft in Nepal zu schützen und für ihre Rechte zu kämpfen. Der NCS ist ein wichtiges ökumenisches christliches Forum im Land, das seit seiner Gründung im Jahr 1996 mit anderen christlichen Organisationen zusammenarbeitet und stark geblieben ist. Dem NCS sind schätzungsweise 10.000 Kirchen, Parakirchen, theologische Einrichtungen sowie christliche Entwicklungs-, Sozial- und Hilfsorganisationen angeschlossen.

Die Stärke von Organisationen wie der NCS in Nepal ist wichtiger denn je. Nepal hat eine der am schnellsten wachsenden christlichen Gemeinschaften der Welt. Die NCS schätzt die Zahl der nepalesischen Christen auf 1,5 Millionen Menschen. Die Dynamik der christlichen Gemeinschaft Nepals erfordert eine starke Organisation, die sie auf nationaler Ebene vertritt - Christen machen nur einen kleinen Teil der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung aus. Die NCS ist gut aufgestellt, um diesen Zweck zu erfüllen.

Leider hat mit dem Wachstum der christlichen Gemeinschaft in Nepal auch die Verfolgung von Christen in dem Land zugenommen. Im Jahr 2018 änderte Nepal sein Strafgesetzbuch und verbot die Bekehrung und den Übertritt zu anderen Religionen als dem Hinduismus. Im Rahmen dieser neuen Gesetze kämpfen mindestens 13 Christen, darunter zwei koreanische katholische Nonnen, vor Gericht gegen Anklagen wegen Konversion. Im Januar dieses Jahres legte eine Gruppe internationaler und nepalesischer christlicher Organisationen dem UN-Menschenrechtsausschuss einen Bericht vor, der einen Überblick über die Situation gibt. In dem Bericht heißt es: "Glaubensbasierte Organisationen, die in Nepal aktiv sind, berichten von zunehmenden Herausforderungen und Verletzungen ihres Rechts auf Religions- und Glaubensfreiheit."

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Niger: Bildung für Mädchen verhindert Kinderheirat und Zwangsehen

Niamey (Fides) - "Die Schule ist ein wirksames Mittel, wenn es darum geht Früh- und Zwangsehen zu verhindern und Wissen über die Familienplanung zu verbreiten, die von den Paaren frei gewählt und nicht von der Tradition aufgezwungen wird", heißt es in einem Schreiben von Pater Marco Prada „Die Eltern beschwerten sich oft, dass ein Mädchen, das zu Hause lebt, um zur Schule zu gehen, ein weiteres Maul zu stopfen ist", so der Priester der Gesellschaft für Afrikanmissionen weiter. „Deshalb haben viele Schulen in der nigrischen Hauptstadt die Internatsform gewählt, um Mädchen Unterkunft und Verpflegung sowie eine einladende und begleitende Atmosphären zu bieten."

So können etwa hundert Mädchen aus armen und benachteiligten Familien, vor allem aus dem Landesinneren, die Bildungseinrichtungen besuchen. "Das Bildungsprojekt entspricht den Bestrebungen des Präsidenten von Niger, Mohamed Bazoum, der die Bildung zu einer der Prioritäten seiner Amtszeit gemacht hat", fügt Pater Prada hinzu. "Zu den Zielen der Regierung gehört vor allem die Schulbildung von Mädchen. Die Eltern ziehen es vor, Töchter schon im Alter von 15 Jahren zu verheiraten. In der Tat werden 77 % der nigrischen Mädchen vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet, 28 % vor ihrem 15. Und so ist Niger seit Jahren das Land mit der höchsten Geburtenrate der Welt: im Durchschnitt sechs Kinder pro Frau".

"Wenn man für die Emanzipation der Frauen kämpft, wird man von unserer chauvinistischen und konservativen Gesellschaft sofort als Untertan der westlichen Kultur und ihrer Werte gebrandmarkt, die im Widerspruch zum Islam stehen. Man wirft uns vor, die traditionellen Werte Nigers zu zerstören", so Nafissatou Hassane Alfari, Leiterin eines Vereins für Frauenrechte in der nigrischen Gesellschaft. Auch die Dschihadisten, die muslimischen Extremisten, fürchten die Kraft der Veränderung der Schulen, und deshalb gehören Schulen zu den Infrastrukturen, die sie zerstören.

Hadiza Maiga kümmert sich auch um Mädchen, die die Schule abbrechen mussten, weil sie von Dschihadisten zur Heirat gezwungen wurden und sich einer Genitalverstümmelung unterziehen mussten, und sie gründete eine Nähsschule. "Diese Mädchen konnten entkommen. Sie können nicht zu ihren Familien im Dorf zurückkehren, weil sie dort abgelehnt werden würde". Hadiza nimmt sie auf, gibt ihnen ein Zuhause und die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen und sich selbständig und verantwortungsbewusst ein neues Leben aufzubauen.

(MP/AP) (Fides 14/06/2022)

Nigeria: Religiöse und ethnische Hintergründe sind oft unklar

Terror in Nigeria: Bischof gegen Schuldzuweisungen

Stuttgart (IDEA) – Trotz blutiger Konflikte in Nigeria sieht der dortige Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche, Panti Filibus Musa (Numan), zuversichtlich in die Zukunft. Vor Journalisten sagte er am 15. Juni in Stuttgart, dass Banditen und Terroristen Überfälle verübten. Solange nicht klar sei, wer hinter Anschlägen wie zuletzt am Pfingstsonntag auf eine katholische Kirche in Owo stehe, könne man keine Schuldzuweisungen vornehmen. Die religiösen, ideologischen und ethnischen Hintergründe und die finanziellen Verflechtungen von Attentätern seien undurchsichtig. Alle religiösen und politischen Führer seien in ihrer Ablehnung derartiger Verbrechen einig. Musa ist auch Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB). Vom 14. bis 18. Juni besucht er deutsche Mitglieder dieser weltweiten Kirchengemeinschaft. Musa zufolge fördert die nigerianische Kirche lokale Bildungsprojekte und unterstützt zahlreiche soziale Maßnahmen, um das Miteinander der verschiedenen Volksgruppen zu stärken und den christlich-islamischen Dialog voranzubringen. Dabei sei man auf einem guten Weg. Für die großen Probleme sei die Regierung zuständig, deren Hauptaufgabe es sein müsse, alle Menschen vor Gewalt zu schützen. Dazu müsse sie ihre politischen, diplomatischen und militärischen Bemühungen verstärken.

Kirchenwachstum durch den Heiligen Geist

Im Blick auf die Corona-Pandemie forderte Musa mehr internationale Zusammenarbeit. Ohne eine gerechte Verteilung von Impfstoffen würden die globalen Spannungen zunehmen, warnte der Bischof. Er äußerte sich auch zur Frage, warum afrikanische Kirchen Mitgliederzuwächse verzeichneten, während die Attraktivität des Christentums in Europa abnehme. Dies liege nicht an einer zunehmenden Säkularisierung, von der auch Afrika nicht verschont bleibe. Die unterschiedlichen Entwicklungen gingen auf den Heiligen Geist zurück. Musa riet den deutschen Kirchen zu mehr Gottvertrauen. Seine Kirche hat nach eigenen Angaben rund 2,5 Millionen Mitglieder in 2.000 Gemeinden. Nigeria ist mit über 220 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Jeweils knapp die Hälfte sind Christen und Muslime. Der LWB umfasst 149 Kirchen lutherischer Tradition in 99 Ländern. Sie haben rund 78 Millionen Mitglieder. Im deutschen Nationalkomitee des LWB arbeiten zehn Landeskirchen und die – nicht mit der Evangelischen Landeskirche in Baden zu verwechselnde – Evangelisch-Lutherische Kirche in Baden zusammen. Sie vertreten rund zehn Millionen Christen. Vorsitzender ist der württembergische Landesbischof Frank Otfried July (Stuttgart).

Nigeria: Terrormiliz soll Kirchenmassaker verübt haben

Bei dem Anschlag auf die katholische Kirche St. Francis in Owo (Bundesstaat Ondo) im Südwesten Nigerias kamen 40 Menschen ums Leben.

Abuja/Owo (IDEA) – Die Terrormiliz „Islamischer Staat Provinz Westafrika“ (ISWAP) soll das Massaker in einem katholischen Pfingstgottesdienst in Nigeria verübt haben. Diesen Verdacht hat der Innenminister des Landes, Ogbeni Rauf Aregbesola, geäußert, wie die Internetplattform premierchristian.news (London) berichtet.

Bei dem Anschlag am 5. Juni auf den Gottesdienst in der Kirche St. Francis in Owo im südwestlichen Bundesstaat Ondo starben laut dessen Gouverneur, Arakunrin Akeredolu, 40 Besucher. 61 Verletzte lägen noch im Krankenhaus und 26 seien entlassen worden.

Die Angreifer waren mit Gewehren und Sprengstoff bewaffnet. Innenminister Aregbesola sagte vor Journalisten in der Hauptstadt Abuja: „Wir konnten die Spuren der ISWAP bei dem schrecklichen Anschlag in Owo erkennen.“ Die Sicherheitsbehörden seien den Tätern auf der Spur, „und wir werden sie vor Gericht bringen“.

Diese Terrororganisation operiert vor allem im Nordosten Nigerias und im benachbarten Tschad. Der Bundesstaat Ondo befindet sich weit entfernt vom üblichen Einsatzgebiet der ISWAP. Gouverneur Akeredolu kündigte an, dass die Regierung des Bundesstaates ein Grundstück für ein Massenbegräbnis für die Opfer bereitstellen werde. Einen Zeitpunkt nannte er nicht. „Wir werden hier einen Gedenkpark haben, in dem die Opfer des Anschlags begraben werden“, sagte er vor katholischen Geistlichen.

Von den 220 Millionen Einwohnern Nigerias sind jeweils knapp die Hälfte Christen und Muslime.

Nigeria: Verschlechterung der Sicherheitslage bedroht das Land

Lagos (Fides) - Das Massaker in der katholischen Kirche in Owo (Ondo State, Südwest-Nigeria) am Pfingstsonntag deutet auf eine neue dramatische Etappe im Hinblick auf die Verschlechterung der Sicherheitslage in Nigeria und der Gefährdung friedlichen Zusammenlebens von Glaubensrichtungen und ethnischen Gruppen in dem komplexen Mosaik der Bevölkerung Nigerias hin.

Die Tatsache, dass die Gläubigen einer katholischen Kirche in einem Bundesstaat, der zumindest bis dahin von religiös motivierter Gewalt verschont geblieben war, so brutal angegriffen wurden, ist eine weitere Eskalation der Aktionen bewaffneter Gruppen, die inzwischen das gesamte nigerianische Staatsgebiet zu bedrohen scheinen.

Bereits der Anschlag vom 28. März auf den Zug von Abuja nach Kaduna in Zentralnigeria markierte einen Wendepunkt in der bereits ernsten Situation der Unsicherheit, in der sich das Land seit einigen Jahren befindet, und verstärkte die Sorge vor einem Zusammenbruch der Sicherheit. Lokale Kommentatoren sprachen in diesem Zusammenhang von einem beispiellosen Gewaltakt und machten die Unfähigkeit der Behörden bei der Berücksichtigung von Geheimdienstberichten dafür verantwortlich.

Nach Angaben der nigerianischen Presse hatten Nachrichtendienste, das Militär, die Strafverfolgungsbehörden und sogar Mitglieder der örtlichen Gemeinde Warnungen vor einem unmittelbar bevorstehenden Anschlag auf die Bahnlinie erhalten, die jedoch nicht beachtet wurden.

Der Anschlag vom 28. März ist umso schwerwiegender, als der Zug noch als relativ sicheres Verkehrsmittel galt, da Reisende auf der Straße zwischen der Bundeshauptstadt Abuja und Kaduna immer wieder Opfer von Entführungen und Raubüberfällen werden können.

Nord-Zypern: Fortsetzung eines Gerichtsverfahrens gegen christlichen Ausländer

International Christian Concern – Für einen in Famagusta in Nordzypern lebenden Ausländer wurde im Rahmen eines laufenden Verfahrens eine Gerichtsanhörung für den 7. und 14. Juni angesetzt. Ryan Keating, ein ehemaliger Einwohner der Türkei, wird wegen einer Razzia der Behörden im Januar 2021 angeklagt. Die Behörden durchsuchten sein Haus in Iskele und sein Geschäft, das Exile Café, in Famagusta und beschlagnahmten christliche Literatur. Keating wird die illegale Einfuhr von christlicher Literatur und die illegale Herstellung von Wein vorgeworfen. Keatings Geschäftsraum diente auch als Treffpunkt für die Kirche.

Die letzten Anhörungen wurden auf den 16. und 17. Mai verlegt. Beide Anklagen wurden vor getrennten Gerichten verhandelt. Keating hat eine Geldstrafe für die Weinherstellung ohne Lizenz bezahlt. Die Razzia erfolgte ursprünglich unter dem Vorwand, Wein ohne gültige Lizenz herzustellen, obwohl die Behörden die Erneuerung der Lizenz verzögerten. Als die Ermittlungen und Verhöre fortgesetzt wurden, erkannte Keating, dass es sich in Wirklichkeit um ein religiöses Motiv gegen seinen christlichen Glauben und seine Tätigkeit handelte.

Nachdem er in der Türkei wegen seines christlichen Glaubens verfolgt wurde, zog Keating nach Nordzypern, um seinen Dienst an der türkischen Bevölkerung fortzusetzen. Die Türkei, die den nördlichen Teil der Insel seit 1974 unrechtmäßig besetzt hält, übt seit langem Beschränkungen und Verfolgung gegen die historisch christliche Bevölkerung aus.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Pakistan: Junge Christin aus Zwangsehe gerettet

Voice of the Martyrs Australia – Saba Masih ist ein junges Mädchen aus Faisalabad, Pakistan. Die junge Christin war am Morgen des 20. Mai mit ihrer älteren Schwester Muqadas unterwegs, als die Schwestern von vier Männern angesprochen wurden, darunter ihr Nachbar Muhammad Yasir. Die Männer zwangen Saba in eine Rikscha.

Als die Familie den Vorfall bei der Polizei meldete, erfuhren sie, dass Saba zum Islam konvertiert war und Yasir als seine vierte Frau geheiratet hatte. Trotz der Bitten der Familie schaltete sich die Polizei nicht ein. Erst nach massivem Druck seitens der christlichen Kirche wurde schließlich gehandelt. Saba wurde aus dem Haus von Yasir geholt und am 29. Mai an ihre Eltern zurückgegeben. Yasir bleibt auf freiem Fuß. Obwohl Saba nach Hause zurückgekehrt ist, leidet sie immer noch unter dem emotionalen Trauma der Entführung und der Zwangsheirat.

Berichten von Menschenrechtsaktivisten zufolge werden in Pakistan jedes Jahr mindestens 1.000 Frauen, die religiösen Minderheiten angehören, zwangskonvertiert und zwangsverheiratet. Es wird vermutet, dass die Zahl noch höher sein könnte, da viele Fälle nicht gemeldet werden.

Quelle:

Voice of the Martyrs Canada & Australia, Kross Konnection, CLAAS, AsiaNews

<https://vom.com.au/pakistan-young-christian-teen-rescued-after-forced-marriage-to-muslim-man/>

Übersetzt und bearbeitet von AKREF

Peru: Gewaltsame Zusammenstöße von Bergleuten

Katholische Bischöfe bedauern Tote und Verletzte und appellieren an Behörden

Lima (Fides) - Die peruanische Bischofskonferenz äußerte sich einem Kommuniké vom 8. Juni zu den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Bergleuten in Ica und Arequipa um Landbesitz, bei denen es nach einer ersten offiziellen Bilanz insgesamt vierzehn Tote und Dutzende Verletzte gab. Nach diesen tragischen Ereignissen drückten die peruanischen Bischöfe unter der Leitung des Vorsitzenden, Erzbischof Cabrejos Vidarte "tiefe Verbundenheit und Solidarität mit den Familien der Verletzten" aus und versicherten, dass sie für die Toten beten werden.

"Es ist besorgniserregend", so die Bischöfe weiter, "dass diese Konflikte nicht rechtzeitig von den zuständigen staatlichen und regionalen Stellen erkannt und angegangen wurden". So stellen sie fest: "So wie wir die Verschmutzung unserer biologischen Vielfalt und die Bedrohung unserer 'gemeinsamen Heimat' durch einen Bergbau, der die Natur und die Gesetze nicht respektiert, nicht zulassen dürfen, so dürfen wir erst recht keine Form von Gewalt zulassen, vor allem dann nicht, wenn sie sich gegen das Leben und die Würde des Menschen richtet".

Das Kommuniké der Bischofskonferenz schließt mit einem Appell an das Büro des Premierministers, die Ministerien und den Kongress, "schnell und effektiv zu handeln, um dieses Problem umfassend anzugehen". „Denken wir daran, dass jedes menschliche Leben heilig ist“, mahnen sie.

(SL) (Fides 10/6/2022)

Russland: Fünf Jahre nach dem Verbot der Zeugen Jehovas – Verurteilungen zu Haftstrafen gehen weiter

AKREF-A/11.06.22 - Die Auflösung der Organisationen der Zeugen Jehovas und das damit verbundene Verbot der Gemeinschaft als „extremistisch“ erfolgte im Jahr 2017. Dadurch wird jeder einzelne Zeuge Jehovas verwundbar und der Gefahr der Strafverfolgung wegen extremistischer Aktivitäten ausgesetzt. Während dieses Zeitraums von fünf Jahren wurden gegen über 600 Menschen in 70 der 83 Regionen Russlands Strafverfahren eingeleitet (wobei die von Russland illegal annektierten Gebiete Krim und Sewastopol nicht mitberücksichtigt sind). Bisher wurden 200 dieser Personen in erster Instanz schuldig gesprochen und nur eine freigesprochen. Dieser Freispruch wurde allerdings nachher aufgrund der Berufung durch die Staatsanwaltschaft aufgehoben. Fast 60 Zeugen Jehovas wurden zu Haftstrafen zwischen einem und acht Jahren verurteilt. Seit Anfang 2022 wurden sechs Zeugen Jehovas zu Haftstrafen zwischen vier Jahren und siebeneinhalb Jahren verurteilt. Einer der Verurteilten dieses Jahres ist Andrey Vlasov aus der Region Kemerovo, der als Behinderter anerkannt ist. Dennoch muss er, wenn die Strafe nicht herabgesetzt wird, sieben Jahre in einem Arbeitslager allgemeinen Regimes verbringen. Die ebenfalls 2022 erfolgte Verurteilung von Anna Safronova aus Astrachan zu sechs Jahren Haft ist das bisher härteste Urteil gegen eine Frau aufgrund des Verbots der Zeugen Jehovas.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 3. Juni 2022).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Sierra Leone: Neue Straße, neue Möglichkeiten

Ein Holzfällerunternehmen, das eine neue Straße in Sierra Leone gebaut hat, hat unwissentlich eine Möglichkeit geschaffen, Bibeln in Gemeinden zu bringen, die zuvor nur zu Fuß erreicht werden konnten. Sierra Leone ist überwiegend muslimisch, und in den kleinen, über den Norden verstreuten Gemeinden leben einige der am wenigsten erreichten Bevölkerungsgruppen des Landes.

In dieser Region, in der der Volksislam dominiert, werden diejenigen, die sich zu Christus bekennen, oft von ihren Familien und Nachbarn verfolgt. Christen, einschließlich ganzer Dörfer, die den Islam verlassen haben, um Jesus nachzufolgen, haben kaum Gelegenheit, mit anderen Gläubigen in Kontakt zu treten, so dass der Besuch anderer Christen eine große Ermutigung darstellt.

Die Christen haben die neue Straße genutzt und viele Bibeln in Gegenden gebracht, die zuvor nur durch mühsame Reisen erreicht werden konnten. Abgelegene Gemeinden werden durch den Zustrom von Bibeln gestärkt, und unerreichte Gemeinschaften werden durch audiovisuelle Präsentationen des Evangeliums erreicht. Preis den Herrn!

Quelle: VOM/Bridgeway Publications / übersetzt und bearbeitet AKREF

Somalia: Nach Amtsantritt des neuen Präsidenten

„Somalier sind optimistisch“

Mogadischu (Fides) - "Im Allgemeinen sind die Somalier heute sehr optimistisch. Schließlich waren diese Wahlen nicht frei von Schwierigkeiten", so Prof. Ali Abdullahi Warsame, der ehemaligen Gesundheits- und Umweltminister des somalischen Staates Puntland, zur Einsetzung der neuen Regierung im Land.

Die Amtseinführung des neuen Präsidenten Hassan Sheikh Mohamud statt, der am 15. Mai 2022 gewählt wurde war ein historischer Tag für Somalia. In den kommenden Wochen wird er einen Premierminister ernennen, der mit der Regierungsbildung beauftragt ist.

„In den vergangenen zwei Jahren hat das Land einen Übergangsprozess durchlaufen. Die Wahlen haben sich verzögert“, fährt Warsame fort, der auch Präsident des Vorstands an der Addoun-Universität ist. „Es hat etwa zwei Jahre gedauert, bis wir an diesem Punkt angelangt waren. Es waren jedoch Wahlen, die sehr friedlich verliefen, so dass auch ein reibungsloser Übergang stattfand. Mohamud ist die einzige Person, die zweimal zum Präsidenten von Somalia gewählt wurde. Er ist eine sehr erfahrene, hochqualifizierte Person und wir glauben, dass er das Land zu Stabilität, Frieden und Entwicklung führen kann“.

„Zu den zahlreichen Herausforderungen, denen sich die neue Regierung stellen muss, gehört die schwere Dürre, von der das ganze Land betroffen ist. Die Regenzeit ist seit zwei Jahren ausgeblieben, und auch in diesem Jahr hat es wieder nicht geregnet. Das Leben der Menschen, die so sehr von der Viehzucht und dem Viehbestand abhängen, ist in Gefahr. Die Viehzucht ist das wirtschaftliche Rückgrat unseres Landes und macht mehr als 70 Prozent unseres Einkommens aus“, betont Prof. Warsame.

Aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels ist das Land von schwerer und schwerwiegender Unterernährung betroffen, vor allem bei Kindern, stillenden Frauen und den am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Hirtenvölker und der Binnenvertriebenen im ganzen Land.

"Eine weitere große Herausforderung“, so der Universitätsprofessor, „für die somalische Regierung ist die Frage der Sicherheit. Die Al-Schabab-Milizen kontrollieren immer noch einen großen Teil des Landes, insbesondere im Süden. Die Frage von Somaliland, das seit dem Ausbruch des somalischen Bürgerkriegs im Jahr 1991 seine Unabhängigkeit erklärt hat, ist ein weiteres Hindernis, das es zu überwinden gilt. Die Somalier glauben, dass es Teil von Somalia ist. Daher sind friedliche Verhandlungen zwischen Somalia und Somaliland dringend erforderlich“.

"Da wir Teil der größeren Region am Horn von Afrika sind, haben wir mit allen Problemen zu kämpfen, mit denen der Rest der Region konfrontiert ist, vor allem mit der Instabilität in Äthiopien und der Dürre im Osten Kenias“, erklärt er. „Äthiopien ist zum Beispiel für uns ein sehr wichtiges Land. Es ist ein Nachbarland. Einer seiner Regionalstaaten ist ethnisch gesehen ein somalischer Staat. Der im vergangenen Jahr ausgebrochene Konflikt hat in der gesamten Region zu großer Unsicherheit geführt, und wir alle hoffen auf eine friedliche Lösung des Problems, in der Hoffnung, dass es bald zu friedlichen Verhandlungen zwischen der Provinz Tigray und der äthiopischen Bundesregierung kommt. In Kenia hingegen werden bald Wahlen stattfinden, und auch dort hoffen wir auf einen reibungslosen Machtwechsel und friedliche Wahlen. Alles, was in der Region geschieht, wirkt sich auf unsere wirtschaftliche Sicherheit und unseren Wohlstand aus“.

Im Hinblick auf die Ukraine-Krise unterstreicht Prof. Warsame, dass auch Somalia davon betroffen ist: "Wir sind sehr besorgt über diese Situation, die uns in wirtschaftlicher Hinsicht bereits schwer getroffen hat. Wie viele andere Länder Afrikas und des Nahen Ostens importiert Somalia 80 Prozent seines heimischen Getreidebedarfs aus der Ukraine und Russland. Davon 50% aus der Ukraine. Infolgedessen ist der Preis für Weizen stark gestiegen. Wir teilen auch das Leid der unschuldigen Menschen dort. Wir haben Erinnerungen an den Krieg und verstehen gut, was es bedeutet, aus dem eigenen Land zu fliehen und in anderen Ländern der Welt ein Flüchtling zu sein“.

Zum Thema Kultur unterstreicht der Universitätsdozent die besondere Bedeutung der Kultur im Leben der Somalier. "Kultur verbindet die Menschen“, betont er in diesem Zusammenhang, „durch Kultur können wir Frieden und Stabilität schaffen, weil Kultur die Kluft zwischen den Köpfen und den verschiedenen Denkweisen der Menschen verringert. Sie kann die Wahrnehmungen einander annähern und dazu beitragen, den Gedanken an eine friedliche und bessere Welt zu verwirklichen. Ich denke, das ist ein vernachlässigter Bereich, selbst im akademischen Umfeld. Unsere Universität konzentriert sich auf dieses Thema und ist daran interessiert, Kanäle und Verbindungen mit anderen internationalen Institutionen zu diesem Thema zu schaffen, seien es Universitäten, Forschungsinstitute oder andere Organisationen. Was wir heute in der Welt sehen, ist ein großer Konflikt der Kulturen. Wenn eine Kultur zusammenbricht, gibt es Konflikte. Wenn man also von nachhaltigem Frieden und Stabilität spricht und darauf hinarbeitet, muss man im Wesentlichen über Kultur und gegenseitigen Respekt zwischen den Kulturen sprechen“.

(AP/GF) (Fides 13/6/2022)

Sri Lanka: Krise spitzt sich zu

Materielle und geistliche Hilfe ist dringend erforderlich

Colombo (Fides) - "Die Situation in Sri Lanka verschlechtert sich weiter, und das gefährdet die soziale Instabilität. Es mangelt an den Grundversorgung, an Lebensmitteln und Treibstoff. Die Krise verschärft sich und die Menschen leiden, es gibt keine Arbeit, keine Löhne. Wir brauchen die Hilfe internationaler Institutionen", so Pfarrer Basil Rohan Fernando, Priester der Erzdiözese Colombo und Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke (POM) in Sri Lanka, gegenüber Fides. Das Land befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1948. "Das Überleben wird für viele schwierig", so der katholische Geistliche weiter, „da es keine Rohstoffe gibt. Vor dem Hintergrund einer schweren Krise versucht die Kirche, so weit wie möglich Solidarität und Nähe zu den Bedürftigen zu zeigen. Auch das Netzwerk der Päpstlichen Missionswerke in aller Welt trägt seinen Teil dazu bei. Wir dürfen unser Volk nicht sterben lassen. Wir wollen einen materiellen, aber auch einen geistigen Beitrag leisten und den Trost des Glaubens anbieten. Gott verlässt seinen Volk nicht, das in Not ist".

Für uns ist dieser Moment der Prüfung", so Pfarrer Fernando, "ein Übergang zur Einheit. Wir dürfen nicht egoistisch sein, sondern sind zum Teilen aufgerufen. Wir hoffen und beten, dass diese ungünstige Situation vorübergeht und es zu einer Erholung kommt. Diese schwierige Zeit ist auch eine Gelegenheit für uns, zu evangelisieren und die Frohe Botschaft zu verkünden, dass Gott jeden Menschen liebt und sich um ihn kümmert".

Sri Lanka befindet sich in einer komplexen Wirtschaftskrise, die durch unsichere Nahrungsmittelversorgung und Rohstoffknappheit verschärft werde und Leben und Existenz bedrohe, so die Vereinten Nationen, die 47,2 Mio. USD für die dringende Unterstützung des Landes forderte.

Unterdessen haben die Vereinten Nationen und andere Partner einen gemeinsamen Plan für humanitäre Prioritäten aufgestellt, der mindestens 1,7 Millionen Menschen helfen, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Diese Hilfe zielt darauf ab, die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, wobei der Schwerpunkt auf Gesundheitsfürsorge und unentbehrlichen Medikamenten, Nahrungsmitteln und Landwirtschaft, einschließlich gezielter Ernährungsprogramme, sauberem Trinkwasser und Existenzgrundlagen liegt. Nach Angaben der UN in Sri Lanka benötigen rund 5,7 Millionen Bürger in 25 Bezirken des Landes sofortige humanitäre Hilfe. Die UN-Koordinatorin in Sri Lanka, Hanaa Singer-Hamdy, betonte: "Das Gesundheitssystem Sri Lankas ist gefährdet; der Mangel an Sozialhilfe hat für die Schwächsten die größten Auswirkungen".

Die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme begannen 2019 mit einer steigenden Staatsverschuldung, die durch den Einbruch des Tourismus infolge der Pandemie noch verschärft wurde; steigende Lebensmittel- und Energiepreise Anfang 2022 - verschärft durch den Krieg in der Ukraine - führten zu einer gravierenden Schulden- und Zahlungsbilanzkrise. Der Anstieg der Inflation und die Abwertung der Währung (die seit März um 80 % an Wert verloren hat) haben das Land an den Rand des Zusammenbruchs gebracht, während die Bevölkerung die von der Familie Rajapaksa geführte Regierung der Korruption beschuldigt: Premierminister Mahinda Rajapaksa trat zurück, um die weit verbreiteten Proteste zu beruhigen, während Präsident Gotabaya Rajapaksa angekündigt hat, dass er die verbleibenden zwei Jahre seiner Amtszeit zu Ende führen, aber nicht zur Wiederwahl antreten wird.

(PA) (Fides 14/5/2022)

Tansania: Aus Malawi stammender Missionar der Weißen Väter ermordet

Dar es Salaam (Fides) - "Es steht fest, dass Pater Samson ermordet wurde, aber wir wissen noch nicht, von wem und unter welchen Umständen", so Erzbischof Gervas John Mwasikwabhila Nyaisonga von Mbeya, der tansanischen Erzdiözese, in der Pater Michael Mawelera Samson von den Afrikamissionaren (Weiße Väter), der ursprünglich aus Malawi stammt, am 10. Juni verschwand. Seine Leiche wurde am Morgen des 11. Juni am Ufer des Flusses Meta gefunden.

"Die Leichenteile wurde am 11. Juni gegen 6.30 Uhr morgens gefunden", so Erzbischof Nyaisonga. "Wahrscheinlich wurde Pater Samson in den Kopf geschossen, vielleicht wurde er auch bewusstlos geschlagen, und dann machten sich der oder die Mörder daran, seinen Körper zu sezieren. Kopf, Hals, Beine und Torso wurden abgetrennt. Wir glauben nicht, dass es sich um ein Hexereiritual handelte, da alle Gliedmaßen der armen Leiche gefunden wurden. Normalerweise verschwinden bei Hexereiritualen Teile des Körpers", so der Erzbischof.

Erzbischof Nyaisonga fügt hinzu, dass "Pater Samson wurde an einem anderen Ort getötet als dem, an dem seine Leiche gefunden wurde, die in ein Laken gewickelt war, damit sie transportiert werden konnte, ohne Blutspuren zu hinterlassen". Die Beerdigung des ermordeten Missionars findet am morgigen, am 16. Juni, in Anwesenheit einer Delegation der Weißen Väter und der Diözese Mzuzu (Malawi) statt, wo Pater Samson ursprünglich herkam.

(L.M.) (Fides 15/6/2022)

Ukraine: Lutheraner treten Lutherischem Weltbund bei

Der Dachverband hat damit nun 149 Mitgliedskirchen

Genf (IDEA) – Die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche der Ukraine (DELKU) ist dem Lutherischen Weltbund (LWB) als eigenständiges Mitglied beigetreten. Wie der LWB mitteilte, nahm der Rat des größten weltweiten Dachverbandes lutherischer Kirchen am 14. Juni während seiner Tagung in Genf den Aufnahmeantrag der DELKU an. Damit steigt die Gesamtzahl der Kirchen im LWB auf 149 mit rund 78 Millionen Gläubigen in 99 Ländern. Bisher war die DELKU nur indirekt über den Bund Evangelisch-Lutherischer Kirchen (ehemals Bund der Evangelisch-Lutherischen Kirchen in Russland und anderen Staaten/ELKRAS) Teil des LWB. Zu diesem regionalen Zusammenschluss gehören die lutherischen Kirchen in Russland, der Ukraine, Georgien, Kasachstan und Zentralasiens. Dessen Bischofsrat hatte im Oktober 2019 beschlossen, dass seine Mitglieder sich auch anderen kirchlichen Dachverbänden anschließen dürfen. Die DELKU hat 1.000 Mitglieder in ihren 24 lutherischen Gemeinden und weitere 160 in vier reformierten Gemeinden, die assoziierte Mitglieder sind. Seit dem Einmarsch Russlands im Februar 2022 wurde die Arbeit der Kirche teilweise eingeschränkt, und einige diakonische Projekte kamen wegen des Krieges zum Stillstand. Seither unterstützt die DELKU Binnenvertriebene finanziell und verteilt Lebensmittel und Medikamente.

USA: Anschlag auf Zentrum einer Lebensrechtsbewegung

Anarchistische Gruppe „Jane’s Revenge“ kündigt „Nacht des Zorns“ an

Buffalo (IDEA) – In Buffalo (US-Bundesstaat New York) ist auf das Zentrum der christlichen Lebensrechtsbewegung „Compass Care“ ein Brandanschlag verübt worden. Medienberichten zufolge entstand dabei ein Sachschaden von umgerechnet mehreren Hunderttausend Euro. Am Tatort wurde der Schriftzug „Jane was here“ (Jane war hier) hinterlassen. Nach Angaben von Compass Care bezieht sich der Schriftzug auf die Gruppierung „Jane’s Revenge“ (Janes Rache), die für eine staatliche Freigabe von Abtreibungen eintritt. Compass Care zufolge handelt es sich um eine anarchische „Abtreibungsterroristengruppe“. Sie habe bereits eine „Nacht des Zorns“ angekündigt für den Fall, dass der Oberste Gerichtshof in den USA das abtreibungsfreundliche Grundsatzurteil „Roe v. Wade“ aus dem Jahr 1973 kippt. In einem von dem konservativen Richter Samuel Alito verfassten Entwurf, der Anfang Mai bekannt wurde, wird die Grundsatzentscheidung, die das Recht auf Abtreibung festschrieb, als „von Anfang an ungeheuerlich falsch“ bezeichnet. Compass Care teilte unterdessen mit, das Beratungszentrum in Buffalo wieder aufzubauen. Bei den Löscharbeiten am 7. Juni wurden zwei Feuerwehrleute verletzt. Die Behörden des Bundesstaates leiteten eine Untersuchung wegen Brandstiftung ein. In den vergangenen Wochen waren ähnliche Anschläge auf fünf Beratungszentren von Abtreibungsgegnern in den USA verübt worden.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]